

Unerhörter Schlag gegen die Chemiewerker

Ohne Tarifkündigung vereinbaren die Gewerkschaftsböden hinter dem Rücken der Chemiewerker Urlaubsverschlechterungen und Lohnabbau

Vom Reichskomitee der RGO, Industriegruppe Chemie wird uns mitgeteilt:

Während die Chemiewerker angesichts der dauernden Liebergriffe der Chemieunternehmen immer stärker die Einheitsfront zum Kampf gegen die Ausbeuter fordern, haben die Gewerkschaftsbürokraten des reformistischen, christlichen und Hirsch-Dunderschen Fabrikarbeiterverbandes hinter dem Rücken ihrer eigenen Mitglieder und aller Fabrikarbeiter eine neue Schandtat vollbracht.

Der Reichsrahmentarif sieht eine vierteljährliche Kündigungsfrist vor. Wenn also die Unternehmen neue Verschlechterungen durchführen wollten, hätten sie frühestens am 1. April den Manteltarif zum 30. Juni kündigen können. Es ist klar, daß in dem Vierteljahr die Chemiewerker eine mächtige Wehr, ja Angriffsfront geschaffen hätten und die Chemiekönige wären zweifellos zurückgewiesen worden.

Damit nun die Unternehmer doch ihre Ausbeutungspläne durchführen können, haben sich die Gewerkschaftsbürokraten allen Reizern mit den Ausbeutern hingeseigt und über ein „Zusatzabkommen“ verhandelt. Wir wissen zwar nicht, wieviel „Zusatz“ die Gewerkschaftsbürokraten bekommen haben, aber für die Arbeiter ist nur ein gewaltiger Abbau herausgekommen.

Die Entschädigung für die Urlaubsbezahlung ist stark abgebaut worden. In Zukunft bekommen die Chemiewerker nicht mehr den vollen Urlaub bezahlt, sondern die Kurzarbeit, Feiertagslohn usw. werden abgezogen, der Durchschnittslohn der letzten 13 Wochen berechnet und dann pro Tag umgelegt.

Kurzarbeiter, die z. B. pro Woche im vergangenen Vierteljahr nur drei Tage gearbeitet haben und die für sechs Tage Urlaub zu beanspruchen haben, bekommen nur drei Tage bezahlt. Bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden die Woche bekommt z. B. ein Arbeiter, der für 12 Tage Urlaubsanspruch hat, nur 10 Tage bezahlt. Selbst wo an sechs Wochentagen gearbeitet, aber die Arbeitszeit nur sechs Stunden täglich beträgt, erhält der Arbeiter nur 75 Prozent des Urlaubsgeldes gegenüber dem Vorjahr.

Dazu kommt, daß die Zuschläge über die acht Stunden hinaus, statt bisher mit 25 Prozent, nur noch mit 10 Prozent bezahlt werden, wenn die 48 Stunden in einer Woche nicht überschritten sind. Wenn es also dem Unternehmer einfällt, in Zukunft nur noch einmal neun Stunden oder vier mal zehn Stunden arbeiten zu lassen, so gibt es für die neunte oder zehnte Stunde nur zehn Prozent Zuschlag.

Wiso in derselben Zeit, als die Gewerkschaftsböden in den Versammlungen zur Przewahl noch von „Arbeit und Brot“ und vom Schutz der „sozialen Rechte“ sprachen, am 22. April, setzten sie sich mit den Ausbeutern an einen Tisch und verschachtelten die durch Kämpfe und Opfer errungenen Urlaubsrechte.

Am 1. Mai, als Millionen deutscher Arbeiter gegen Lohnabbau, Unterstufungskürzung, Krieg und Faschismus demonstrierten, als schon an vielen Stellen Deutschlands SPD-Arbeiter und Kommunisten, Freigewerkschafter, Unorganisierte und RGO-Kollegen in einheitlicher Kampffront marschierten, ließen die Bruns (FAB.), Struve (Hirsch-D.) und Eins (Christl.) durch ihre Unterschrift das „Zusatzabkommen“ in Kraft treten.

Nach der vierten Rotverordnung schrieb im Dezember der „Proletarier“ scheinheilig: „... Unsere Unternehmer können zufrieden sein. Nach den bis jetzt fortgesetzten amtlichen Lohnabbaumaßnahmen können sie getrost auf den Nationalsozialismus verzichten.“ Hier haben sie sich einmal selbst gekennzeichnet, die „Führer“ des F.W. Jetzt gab es keinen amtlichen Lohnabbau. Freiwillig haben sie die Nazis, die Terrorgarde der Unternehmer erjezt.

Eine ungeheure Empörung ist in den Betrieben. Sie wird noch gesteigert dadurch, daß die Gewerkschaftsbürokraten ihren eigenen Funktionären verheimlicht haben, was sie planen. Wo Versammlungen stattfanden, haben sie noch nach dem 1. Mai die Arbeiter belogen. So erklärten die reformistischen Führer in den Leunaverfammlungen vom 3. bis 7. Mai, daß noch kein Abschluß vorläge. Jetzt stehen die Verbandsmitglieder und Funktionäre vor vollendeten Tatsachen und erfahren erst teilweise von RGO-

Funktionären und roten Betriebsräten von dem neuen Verrat ihrer Führer.

Doch es ist noch nicht zu spät zum Handeln. Jetzt heißt es, in den Betrieben und Abteilungen zusammenzutreten und gemeinsam, Gewerkschafter, Unorganisierte und RGO-Anhänger, zu beraten, wie am besten die Belegschaft zum Kampf gegen die neuen Unternehmeranschläge zu mobilisieren ist.

Bildet in allen Betrieben Verhandlungskommissionen, die

Bau- und Landarbeiter im Streit

Hamburger Bauarbeiter erringen Streiterfolg

Hamburg, 17. Mai. In der Baustelle Wasserhagen, Stadtteil Hamm, stellte die Belegschaft am Sonnabend morgen dem Unternehmer das Ultimatum, entweder den bisherigen Lohn zu zahlen oder aber die Arbeit einzustellen. Der Unternehmer weigerte sich. Darauf wurde die Arbeit geschlossen. Die Baustelle mit Hilfe der Polizei mit Streikbrechern zu besetzen, bewilligte er nach zwei Stunden die Forderungen der Belegschaft. Außerdem mußte sich der Unternehmer verpflichten, die zwei Streikstunden zu bezahlen.

Die Erregung auf den Baustellen über den ungeheuerlichen Schiedspruch, der am Freitag gefaßt wurde, ist sehr groß. Auf einigen Baustellen haben die Arbeiter bereits beschlossen, für den durch Schiedspruch gefällten Lohn nicht zu arbeiten. Auf Anfragen der Kollegen des Bauergewerksbundes bei den Führern der Gewerkschaften wird uns gemeldet, daß der Bauergewerksbund sich strikte weigert, einen Kampf der Bauarbeiter gegen die Herabsetzung des Lohnes zu unterstützen.

Naziführer gegen streikende Nazi-Bauarbeiter

Königsberg, 17. Mai. In Ortelburg (Ostpr.) streiken seit der letzten Woche die Bauarbeiter in einheitlicher Kampffront. Ein Kampfausschuß, in dem Arbeiter der verschiedensten

mit den Betriebsräten vorstellig werden und die vom Unternehmer verlangen, daß der Urlaub wie im Vorjahr bezahlt wird. Bericht den Kollegen und Kolleginnen von den Verhandlungen und wählt auch einen Kampfausschuß auf breiter Grundlage. Verstärkt den Druck und zeigt den Unternehmern und ihren Helfern, daß solche Schandabmachungen von euch nicht anerkannt werden. Nur vor der geschlossenen Kampffront werden die Unternehmer zurückweichen.

Schon meldet ein kleiner Betrieb in Berlin, F a t i n g e r, daß die Belegschaft durch geschlossenes Auftreten den Urlaub und seine Bezahlung wie im Vorjahr durchgesetzt hat.

Was hier möglich ist, kann überall erreicht werden. Es heißt nun zusammenstehen in fester roter Einheitsfront. Dazu reicht die RGO, allen Chemiewerker die Hand. Heraus zur gemeinsamen Versammlung! Faßt Beschlüsse in den Gewerkschaftsversammlungen gegen eure verräterischen Führer! Verlangt einen Sprecher der RGO! Bildet die rote Einheitsfront des Kampfes!

Parteien sitzen, hat die Streikleitung. Die örtliche Nazileitung wendet sich ganz offen gegen den Streit und verlangt von den streikenden Nazibauarbeitern, deren Vertreter auch in der Streikleitung sitzt, Streikbruch. Aber die nationalsozialistischen Bauarbeiter ließen sich nicht einfangen, sondern stehen fest in der Kampffront. Auch der Bonze vom Bauergewerksbund, der den Streit abwürgen wollte, wurde von den Bauarbeitern aus Ortelburg gejagt.

Landarbeiterstreit in der Udemarck

Auf dem Gut Fahrenholz bei Strasburg Um. stehen seit dem 13. Mai die Schnitter und Schnitterinnen im Streit. Der Kampf ist entstanden, weil der Gutsbesitzer den verprochenen Lohn um eine Mark pro Morgen beim Rübenhaden abgebaut hat. Die Kollegen haben sich einen Kampfausschuß aus zwei Kollegen und einer Kollegin gewählt und wollen durchhalten bis ihre Forderung erfüllt wird.

Die Strasburger G.W.Z.-Gruppe wird alles tun, um den kämpfenden Arbeitern zu helfen.

Der Kampf sollte allen Gruppen des roten Verbandes ein Signal sein, das ihnen sagt: „Seid kampfbereit!“ Die Provinzgruppen der RGO, müssen sich bereithalten, um den Landarbeitern, denen in den nächsten Tagen auf der ganzen Linie der Lohn gekürzt wird, im Kampfe beizustehen.

Wählt Delegierte zur 4. Bezirkskonferenz!

Noch in dieser Woche soll jede Betriebsgruppe der RGO, und jede Betriebsgruppe der roten Verbände in einer Mitgliederversammlung die Delegierten zur 4. Bezirkskonferenz der RGO, wählen, die am Sonnabend, dem 28. Mai in Berlin zusammentritt. Delegierte müssen auch gewählt werden in den Erwerbslosengruppen und in den Ortsausschüssen der RGO!

Betriebsräte organisieren die Einheitsfront

Am Freitag, dem 13. Mai, nahmen der engere Reichsausschuß der Betriebsräte und der Betriebsräteauschuß Berlin-Brandenburg in einer gemeinsamen Sitzung Stellung zu den Aufgaben der Betriebsräte in der Einheitsfrontbewegung.

Nach einem Referat, in dem die Fehler und Mängel der einheitlichen Betriebsrätebewegung ausgezeigt und gleichzeitig die Tätigkeit der Betriebsräte zur Schaffung der Einheitsfront des Proletariats behandelt wurden, und nach einer eingehenden Diskussion, in der auch der Vertreter der Erwerbslosen zu Worte kam, gelangte nachstehende Entschlieung zur Annahme:

„Reichsausschuß der Betriebsräte und Betriebsräteauschuß Berlin-Brandenburg sehen in dem Aufruf der RGO, und der RGO, den Weg, der dazu beiträgt, die Bildung der Einheitsfront des Proletariats zu beschleunigen. Wenn auch schon seit Erscheinen des Aufrufes einige gute Beispiele von einheitlichem Handeln verschiedener Belegschaften zu verzeichnen sind, so ist es aber angesichts der wachsenden Gefahr für die breiten Arbeitermassen erforderlich, daß insbesondere die Betriebsräte als Einheitsfrontorgane überall in stärkerem Maße die Initiative ergreifen und entsprechend dem Aufruf den gemeinsamen Kampf der Belegschaften gegen Lohnabbau und Faschismus organisieren.“

Keine Zeit darf ungenutzt vorübergehen. Jetzt gilt es zu handeln. Mit dem Erstarken der Einheitsfront muß die einheitliche Betriebsrätebewegung zu einem entscheidenden Faktor im Kampfe Klasse gegen Klasse werden.“

Die Sitzung beschloß außerdem, einen Brief an alle Betriebsräte zu richten, in dem die Betriebsräte, ganz gleich, welcher politischen und gewerkschaftlichen Organisation sie angehören, aufgefordert werden, sofort gemeinsam die Mobilisierung der Belegschaften in Angriff zu nehmen.

Leitungsgerüstbauer für rote Einheitsfront

Die Leitungsgerüstbauer der Firma Altmann, Gerüstbau, Jungfernhöhe führten am Freitag eine Belegschaftsversammlung durch und wählten einen einheitlichen Kampfausschuß.

Die Betriebsversammlung mußte aus dem Betrieb in ein Lokal verlegt werden, da die Firma nur einen Vertreter des Gesamtverbandes zulassen wollte. Die Kollegen bestanden aber dar-

auf, daß der Genosse Schwend als Vertreter der Gerüstbauer vom roten Einheitsverband sprechen sollte.

Sind vom Gesamtverband versuchte Anglistimmungen zu erzeugen und die vorhandene Streikstimmung abzuflauen. Nachdem aber der Genosse Schwend gesprochen hatte, wurde einmütig die Wahl eines Kampfausschusses beschlossen und durchgeführt.

Die Vertreter des Gesamtverbandes versuchten vergeblich, den Kollegen einzureden, durch Streit werde der Manteltarif zertrümmert. Die Kollegen erkannten, daß gegenwärtig der Kampf gegen den Lohnabbau das Gebot der Stunde ist und daß auch die Fragen des Manteltarifes nur durch Kampf zugunsten der Arbeiter entschieden werden können. Sieben Kollegen vollzogen ihren Eintritt in den roten Einheitsverband.

Erfolgreicher Abwehrkampf im Kabelwerk Kettlingendorf

Vor einiger Zeit ging die Direktion des Kabelwerks dazu über, den Zuschlag der Arbeiter zum Lohn von 25 Prozent auf 15 Prozent abzubauen. Dieser Lohnabbau gelang in fast allen Abteilungen, da die Arbeiter keinen ernsthaften Widerstand leisteten. Am Freitag sollte der Lohnabbau auch für die Arbeiter im Gummiabteil durchgeführt werden. Darauf traten alle Kollegen in den Streit. Die Direktion sah sich gezwungen, den Abbau für diese Abteilung zurückzunehmen. Nach einer Stunde wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Arbeiter der anderen Abteilungen haben nunmehr ein praktisches Beispiel dafür, wie auch sie sich ihre alten Löhne wiedererkämpfen können.

Pflichtarbeiterstreit in Herzfelde

Die 150 Pflichtarbeiter in Herzfelde sind für folgende Forderungen geschlossen in den Streit getreten:

Auszahlung der abgezogenen 15 Prozent der Kollegen Schulz und Brauer.

Einstellung jeder Pflichtarbeit und Vergebung derselben zu tariflichen Bedingungen gemäß den Grundätzen des Gemeindefabriktarifs.

Zurückziehung der Verfügung, welche besagt, daß Wohlfahrtsempfänger, die ein Grundstüd besitzen, monatlich 10 Mark Miets in Anrecht gebracht werden.

Gewährung eines 70prozentigen Mietzuschusses für alle Erwerbslosen.

Zahlung von Jahrgeld für den Jahresarbeitsnachweis.

Streit bei Kleinmann abgebrochen

Am Montag, dem 2. Mai, waren 250 Mann der Belegschaft der Firma Kleinmann in Wittenberg gegen einen Lohnabbau von 15 bis 25 Pfennig, in den Streit getreten. Es ist der Belegschaft nur gelungen, den Lohnabbau teilweise abzuwehren. Nachdem am Donnerstag, dem 12. Mai, die Streikenden noch einstimmig den Beschluß faßten, den Streit geschlossen fortzusetzen, vereinbarte der D.W.B.-Angestellte Kiebel einen Abbau von 7 bis 8 Pfennig mit der Firma. Die Kollegen ließen sich dazu bewegen, sich mit diesem Lohnabbau abzufinden. Das Ergebnis war aber, daß 16 Kollegen auf der Straße blieben.

Graphische Arbeiter, aufgepaßt!

Neue Lohnabbauvereinbarungen der Gewerkschaftsbürokraten im Buchdruckgewerbe

Die von den Unternehmern und Beamten des Buchdrucker- und Hilfsarbeiterverbandes mit voller Absicht bis zu den Pfingstfeiertagen hinausgezögerten Verhandlungen haben jetzt zur völligen Untereziehung der SPD-Bürokraten unter das Schlichtungsdiikt geführt. Nach unseren Informationen ist die Ferienbezahlung um 25 Prozent gekürzt, die Extrazuschläge für ungünstig gelagerte Arbeitszeit (Spätschichtzuschläge usw.) ist stark reduziert worden. Besonders stark sind die angelernten Arbeitergruppen vom Abbau betroffen.

Die Spitzenfunktionäre der beiden Verbände werden jetzt vor die Mitgliedermassen treten und erklären, daß diese freie Vereinbarung das „kleinere Übel“ sei. Sie werden wohl den Mitgliedern gestatten, eine Protestresolution anzunehmen und vielleicht sie und da selber den radikalen Mann spielen.

Den graphischen Arbeitern aller Bezirke hilft aber ein leerer Protest nichts. Es geht um den Urlaub, um die Schichtbezahlung und um den Lohn. Die Kollegen dürfen sich nicht täuschen lassen und auf eine Streiklauslösung durch die Spitzenfunktionäre der Verbände warten. Die Bürokraten werden ihre Rolle als Einheitsführer für die Durchsetzung der Vereinbarungen spielen.

Graphische Arbeiter Berlins! Die Kollegen des Reiches schauen auf euch. In München, Düsseldorf, Breslau usw. wurden in den allgemeinen Mitgliederversammlungen trotz des Widerstandes der zentralen Verbandsfunktionäre Streikresolutionen angenommen. Der Aufruf der oppositionellen Funktionäre der graphischen Industrie fordert zur Bildung der Einheitsfront in den Betrieben auf. Nur der geschlossene Widerstand der Belegschaften kann der weiteren Verelendung einen Damm entgegensetzen.